



Dokumentation der Fachkonferenz „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“

27. November 2009

Reihe „Magdeburg – sozial“ Band 9



Reihe: Magdeburg - sozial

- Band 1: Kommunale Leistungen für Familien in der Landeshauptstadt Magdeburg
- Band 2: Geschäftsbericht 2004 - Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit
- Band 3: Forschungsprojekt „Gesundheit als integrierendes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“
Beschreibung der sozialen Lage
- Band 4: Pflegestrukturplanung 2005 bis 2008
- Band 5: Stadtteilreport
- Band 6: Reader - Magdeburger Fachkonferenz - Ideenwerkstatt Kinder- und Familienarmut 2008
- Band 7: Pflegestrukturplanung 2009 bis 2011
- Band 8: Bericht und Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg 2010 – 2013
- Band 9: Dokumentation der Fachkonferenz „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“ am 27. November 2009

Herausgegeben von der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg.

Magdeburg 2010

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Wilhelm-Höpfner-Ring 4
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3104
Telefax: (0391) 540 3243

Dokumentation der Fachkonferenz

„Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“

27. November 2009

Das vorliegende Heft dokumentiert die Fachkonferenz „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“, die am 27. November 2009 im Alten Rathaus stattfand.

Die öffentliche Diskussion der seniorenpolitischen Leitlinien stellte einen Arbeitsschritt innerhalb des Gesamtprozesses zur Erarbeitung eines seniorenpolitischen Konzeptes für die Landeshauptstadt Magdeburg dar. Der Planungsauftrag wurde der Verwaltung durch den Magdeburger Stadtrat mit Beschluss Nr. 213-009(V)09 erteilt.

Die abgedruckten Redebeiträge beruhen auf einer Abschrift der Tonaufzeichnung der Konferenz und wurden für die Veröffentlichung geringfügig redaktionell bearbeitet.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Diskussionsgrundlage: Entwurf der seniorenpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg	3
Hans-Werner Brüning, Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit - Begrüßung	6
Dr. Ingo Gottschalk - Einführung „Seniorenpolitisches Konzept - Vorgehen und Stand der Leitlinien“	8
Prof. Dr. Thomas Klie - Referat „Älter werden in Magdeburg - die Herausforderungen des demografischen Wandels gestalten“	16
Präsentation zum Referat von Herrn Prof. Dr. Klie	29
Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen	38
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachkonferenz	41

Der vorliegende Entwurf wurde mit der Einladung an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachkonferenz verschickt und bildete die Grundlage der Diskussion.

SENIORENPOLITISCHE LEITLINIEN DER LANDESHAUPTSTADT MAGDEBURG

Präambel

Die Leitlinien beschreiben die grundsätzlichen Rahmenziele der Magdeburger Seniorenpolitik. Sie sind handlungsleitend für die Verwaltung und geben eine fachliche Orientierung für alle Akteure.

Die Magdeburger Seniorenpolitik folgt dem Grundverständnis von Alter als einer aktiven Lebensphase, in der eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung und eine Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden.

Die Leitlinien bilden die Grundlage für die Erarbeitung eines Seniorenpolitischen Konzeptes. Mit dem Konzept stellt sich die Landeshauptstadt den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Damit sollen

- die Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren zum Nutzen des Gemeinwesens und für die Meisterung der individuellen Lebenssituation erschlossen,
- Hilfe- und Unterstützungsbedarf berücksichtigt und
- die Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen der Seniorinnen und Senioren verbessert werden.

Leitlinie 1

Seniorenpolitik ist ein beteiligungsorientierter Prozess unter Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren, fördert Selbsthilfestrukturen und bürgerschaftliches Engagement und die politische Teilhabe.

Seniorenpolitische Entscheidungen werden nicht nur für Seniorinnen und Senioren sondern mit ihnen getroffen. Die Akteure der Seniorenarbeit, insbesondere ihre Interessenvertretungen und die Wohlfahrtsverbände sind einzubeziehen.

Die Bereitschaft der Seniorinnen und Senioren, die Gestaltung der Gesellschaft aktiv mitzugestalten, wird gefördert. Ehrenamtliches Engagement bildet wesentliche Elemente des gesellschaftlichen Zusammenlebens und wird unterstützt.

Kernaktivitäten:

- Seniorinnen und Senioren im Planungsprozess beteiligen und örtliche Gremien einbeziehen z. B. in Bürgerforen
- Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement und politische Teilhabe ausgestalten
- Weiterbildung und Erfahrungsaustausch von Ehrenamtlichen fördern
- soziale Netzwerke aufbauen und stärken

Leitlinie 2

Seniorenpolitik berührt alle gesellschaftlichen Bereiche.

Seniorenpolitische Belange sind in alle wichtigen Bereiche der Stadtentwicklung, wie z. B. Wirtschaft, Kultur, Soziales und Gesundheit einzubeziehen. Sie müssen Gegenstand von Fachplanungen und ämterübergreifender Arbeit sein.

Kernaktivitäten:

- alle Fachplanungen seniorenpolitisch abstimmen z. B. Verkehrs-, Sicherheits- und Märktekonzepte
- die Beauftragten einbeziehen

Leitlinie 3

Seniorenpolitik berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse älterer Menschen.

Die einzelnen Phasen des Alterns bedingen unterschiedliche Bedürfnisse und Möglichkeiten. Ältere Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, Männer und Frauen, demenziell erkrankte Personen, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige haben spezielle Bedürfnisse, auf die Seniorenpolitik eingehen muss.

Kernaktivitäten:

- Situationsanalysen und Bedarfsermittlungen nach den unterschiedlichen Zielgruppen differenzieren

Leitlinie 4

Seniorenpolitik trägt zur sozialen und gesundheitlichen Versorgung und zur materiellen Sicherung der älteren Generation bei.

Soziale, finanzielle und gesundheitliche Benachteiligungen älterer Menschen werden durch präventive Angebote vermieden. Bestehende Benachteiligungen werden durch zielgerichtete Maßnahmen gemildert.

Kernaktivitäten:

- Seniorinnen und Senioren zur aktiven Vorbereitung auf das Älter-Werden befähigen und stärken,
- soziale und nachbarschaftliche Netzwerke aufbauen und stärken,
- Gesundheitsförderung und –prävention,
- Pflegestruktur nach den Grundsätzen „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“ weiterentwickeln
- Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer durch kommunale arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärken, um Altersarmut zu mildern
- bezahlbare niedrigschwellige Hilfs- und Serviceangebote bereitstellen

Leitlinie 5

Seniorenpolitik fördert selbstbestimmtes Wohnen und die Integration älterer Menschen im Stadtteil

Ein Wohnungsangebot, das den Bedürfnissen der älteren Bewohnerinnen und Bewohner entspricht, wird angestrebt. Es soll unterschiedliche Wohnformen ermöglichen und unterschiedlichen Lebensweisen gerecht werden. Wohnungen und Wohnumfeld müssen so beschaffen sein, dass

- bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit der Verbleib in der Wohnung bzw. im angestammten Wohngebiet möglich ist,
- eine wohnungsnahe Versorgung gewährleistet ist,
- soziale Beziehungen gefördert werden und
- die Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner nicht eingeschränkt wird.

Kernaktivitäten:

- mit Wohnungsanbietern eng zusammenarbeiten
- barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums in der Stadtplanung und Gestaltung
- Wohnberatung für Seniorinnen und Senioren erweitern
- alternative Wohnformen entwickeln und fördern
- Nachbarschaftshilfen, ambulante Dienstleistungen und Besuchsdienste ausbauen

Leitlinie 6

Seniorenpolitik fördert das Miteinander der Generationen.

Neben seniorenspezifischen Angeboten und Einrichtungen werden Projekte unterstützt, die für alle Altersgruppen geeignet sind und die Begegnung und das Zusammenwirken der Generationen ermöglichen und fördern. Junge und alte Menschen verfügen über unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen, die sich im Miteinander der Generationen zum gegenseitigen Nutzen ergänzen können und sollen.

Kernaktivitäten:

- generationsübergreifende Angebote und Projekte auf- und ausbauen

Leitlinie 7

Seniorenpolitik fördert den Zugang von Seniorinnen und Senioren zu Weiterbildung, Kultur, Freizeit und Sport.

Lebenslanges Lernen, kulturelle Teilhabe, aktive Freizeitgestaltung und altersgerechte sportliche Aktivitäten haben eine hohe Bedeutung für das Wohlbefinden und die gesellschaftliche Integration der älteren Generation und damit für die Lebensqualität der Menschen.

Kernaktivitäten:

- Angebote zur Erwachsenenbildung, Kultur-, Freizeit und Sportangebote ausbauen
- barrierefreien Zugänglichkeit der Angebote sichern
- Öffentlichkeitsarbeit und Information über Bildungs-, Sport-, Kultur und Freizeitangebote

Hans-Werner Brüning

Landeshauptstadt Magdeburg - Beigeordneter für Soziales Jugend und Gesundheit



Sehr geehrte Damen und Herren. Ich begrüße Sie alle rechtherzlich hier zu einer einzigartigen Fachkonferenz. Eine solche Fachkonferenz gab es in diesem Raum und in dieser Stadt noch nicht. Es geht um seniorenpolitische Leitlinien, die ja kein Selbstzweck sind, sondern seit vielen Monaten viele bewegen. Wir haben eine sehr umfangreiche Vorarbeit geleistet, die uns alle gemeinsam in diesen Saal gebracht hat. Herzlich Willkommen auch Ihnen.

Wenn einer wie ich 60 geworden ist, dann gewinnt die persönliche Orientierung auf das, was noch kommt, an Bedeutung. Umso besser ist es für jeden, wenn dafür auch verlässliche Rahmenbedingungen gegeben sind. Rahmenbedingungen, Voraussetzungen, vereinbarte Absichten bzw. Ziele, die die spezifische Daseinsweise von Seniorinnen und Senioren unserer Stadt ausmachen.

Ich bin im 11. Monat meiner Amtsführung hier und von Anfang an war genau das einer der Schwerpunkte, mit denen ich mich persönlich wie auch Sie alle, die hier heute zusammengekommen sind, befasst haben. Für mich stand von Anfang an fest, dass es darum geht, die Entwicklung solcher Leitlinien auch öffentlich zu führen, wenn man für eine große Bevölkerungsgruppe - in fünf Jahren ist mehr als jeder vierte im Alter über 65 Jahre - spricht.

Und so haben an dem Zustandekommen unserer heutigen Konferenz mitgewirkt: die Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, die Seniorenvertretung, der Seniorenbeauftragte, der Behindertenbeauftragte, als Mitglied des Stadtrates der Vorsitzende des Gesundheits- und Sozialausschusses Herr Ansorge, die Leiter der Alten- und Servicezentren und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich an dieser Stelle herzlich danke, für die bisher geleistete Arbeit.

Ich persönlich schätze als sehr produktiv ein, was sich vollzogen hat. Es hat eine Zeit gedauert, bis wir eine gemeinsame Sprache finden konnten. Nicht jeder Entwurf ist immer einhellig positiv aufgenommen worden, es gab auch Auseinandersetzungen, bis hin zu Infragestellen, ob das überhaupt Sinn macht, sich hier zu streiten und so manch eine Diskussion war nicht besonders motivierend. Aber wir haben das alles überstanden und legen Ihnen heute sieben Leitlinien im Entwurf vor, die nochmals erläutert werden.

Wir haben auch eine hervorragende fachliche Begleitung vorbereitet. Professor Klie wird hier sprechen über das Älterwerden in unsere Zeit und in unserer Gesellschaft und ich denke, dass er hier durchaus auch sehr fruchtbringende Hinweise für unsere Beratung gibt.

Wir werden uns in Arbeitsgruppen aufteilen und darüber sprechen, wie wir diese Leitlinien verstehen und weiter qualifizieren können. Das Ziel ist, dass wir eine verlässliche Planungsgrundlage für die älter werdende Bevölkerung in unserer Stadt erhalten, die von allen getragen ist. Insbesondere auch durch den Stadtrat, der diese Leitlinien als Zielstellung beschließen soll. Das ist die Aufgabe des heutigen Tages.

Ich freue mich, dass Sie so zahlreich hier sind und ich wünsche diesen Beratungen gute Ideen, den festen Willen auch zum Ergebnis zu kommen und viel Erfolg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Ingo Gottschalk
Landeshauptstadt Magdeburg - Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung

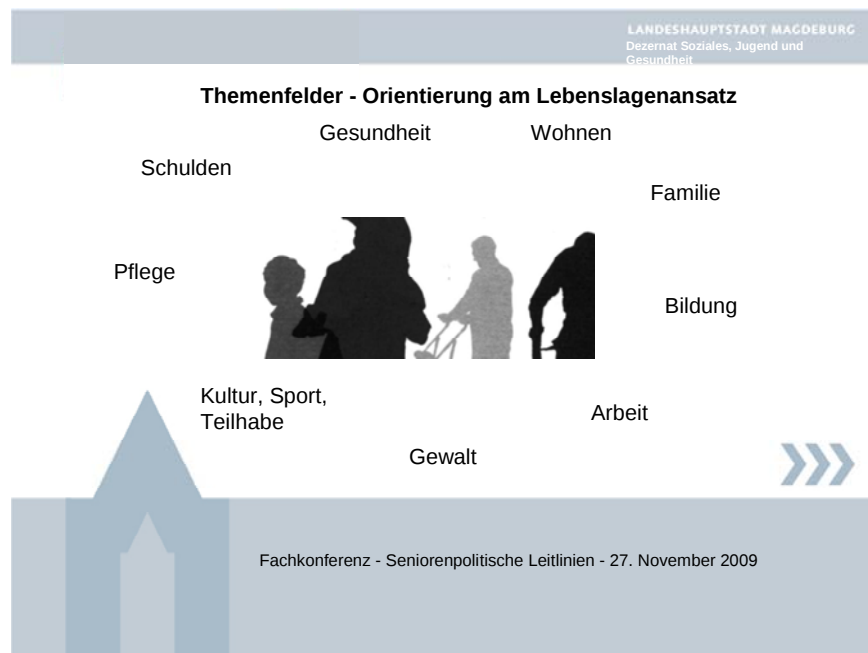


Guten Tag. Ich heiße Ingo Gottschalk und bin im Sozialdezernat damit beschäftigt, das Planungsprojekt in der Landeshauptstadt Magdeburg gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozial- und Wohnungsamt und aus dem Gesundheitsamt zu begleiten. Auf diesem Hintergrund werde ich Sie heute durch die Veranstaltung führen.

Wir haben Ihnen das entsprechende Programm vorbereitet und Ihnen mit der Einladung zur Kenntnis gegeben. Ich will Ihnen das Vorgehen im Projekt erläutern und etwas zum Stand der Erarbeitung der Leitlinien in der Landeshauptstadt Magdeburg sagen.

Zum seniorenpolitischen Konzept, Vorgehen und Stand der Leitlinien:

Grundlegend orientieren wir uns im Projekt am Lebenslagenansatz.



Die Ausgangslage habe ich hier kurz dargestellt.

LANDESHAUPTSTADT MAGDEBURG
Dezernat Soziales, Jugend und
Gesundheit

Seniorenpolitisches Konzept - Vorgehen und Stand der Leitlinien

Ausgangslage

- Magdeburg wird älter
- Altersstruktur verändert sich
- Einstellungen zum Alter und Altern ändern sich
- Lebensphase Alter ist differenziert zu betrachten
- Gleichstellung von Frauen und Männern
- Ältere Magdeburger/innen verfügen über ein großes Potenzial an Lebens- und Berufserfahrung
- Seniorengerechte Infrastruktur
- Fachgremien

Fachkonferenz - Seniorenpolitische Leitlinien - 27. November 2009

Einen wesentlichen Entwicklungstrend des demographischen Wandels sehen wir im Anstieg des Anteils der älteren Menschen an der Bevölkerung in der Stadt Magdeburg. Magdeburg wird älter und der gesundheitliche Zustand hat sich zwar verbessert und die Lebenserwartung erhöht, aber die Anforderungen an bestimmte Versorgungssysteme steigen auch hier. Die Zahl der jüngeren Einwohner wird sich absolut reduzieren, so dass sich immer mehr ältere Menschen und immer weniger jüngere Menschen statistisch erfassen lassen. Das Miteinander der Generationen und eine Verstärkung generationsübergreifender Arbeit wird eine vordringliche Aufgabe sein. Diese Orientierung ist schon in unterschiedlichsten Diskussionsforen immer wieder erhärtet worden, auch in anderen Magdeburger Diskussionszusammenhängen. Generationssolidarität und Generationengerechtigkeit müssen auch in diesem Planungsprojekt diskutiert werden.

Mit der Veränderung der Altersstruktur ändern sich auch die Lebensbedingungen und Ansprüche der Seniorinnen und Senioren. Die heutige und die zukünftigen Seniorengenerationen haben andere Lebensverläufe und andere Interessen als frühere Seniorengenerationen.

Altern bedeutet nicht automatisch größeren Hilfebedarf. Die meisten Menschen wollen bis ins hohe Alter ein gesichertes, aktives und eigenständiges Leben führen. Sie möchten so lange wie möglich im vertrauten Umfeld wohnen bleiben und das bei guter Gesundheit. Sie wollen mobil bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Die Einstellungen zum Alter und zum Altern ändern sich. Der sechste Altenbericht der Bundesregierung, der im nächsten Jahr

erscheinen soll, wird sich insbesondere den Fragestellungen des Alterns oder der neuen Altersbilder in der Gesellschaft widmen.

Gegenwärtig umfasst die Lebensphase Alter bis zu drei Jahrzehnte, was mit unterschiedlichen Lebenslagen und Erwartungen verbunden ist. Gleichmaßen gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede sowie vielfältige unterschiedliche Lebensweisen und -stile, die zu berücksichtigen sind. Alter in unterschiedlichen Lebensphasen differenziert zu betrachten, ist sinnvoll. Wir verfolgen den Ansatz, über unterschiedliche Projekte, die zum Beispiel innerhalb des Programmes „Aktiv im Alter“ umgesetzt wurden, dass die Fragestellungen von Lebensentwürfen auch jüngerer Senioren schon eine Rolle spielen, wie wir „Stadt“ zukunftsfähig gestalten wollen und können.

Lebensformen älterer Frauen und Männer sind sehr unterschiedlich. Während Frauen mit ansteigendem Alter zunehmend in Witwenschaft leben, ist selbst für hoch betagte Männer die Lebensgemeinschaft mit ihrer Ehefrau die häufigste Lebensform. Die unterschiedlichen Lebenserwartungen von Frauen und Männern haben weitreichende Implikationen für das Leben im Alter. So liegt es beispielsweise auf der Hand, dass pflegebedürftige Männer im höheren Lebensalter eher auf die Hilfe ihrer Frau zurückgreifen können, als dass ältere Frauen Pflege durch ihre Ehemänner erhalten. Auch Unterschiede in der Einkommenssituation von Frauen und Männer und deren Auswirkungen gilt es geschlechtsbezogen zu berücksichtigen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in der zukünftigen Arbeit als ein sich durchziehender Schwerpunkt zu berücksichtigen.

Mit der prognostizierten Entwicklung der Bevölkerungsstruktur wird das ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Engagement eine weitaus größere Bedeutung erlangen und sollte zielgerichtet gefördert und ausgebaut werden. Seniorinnen und Senioren leisten bereits jetzt einen großen, vorwiegend ehrenamtlichen Beitrag zum solidarischen Miteinander und zur Selbsthilfe. Dieses Potential zu erkennen, auch abzuholen und in Strukturen zu überführen, ist eine Herausforderung innerhalb dieses Planungsprojektes.

Magdeburg verfügt traditionsgemäß über ein gutes Netz an Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren. Mit dem Modellprojekt der Alten- und Servicezentren und offenen Treffs wurde zielgerichtet eine zukunftsfähige Struktur geschaffen. Die Alten- und Servicezentren haben sich zu wichtigen Kompetenzzentren in ihrer Region entwickelt, die über die traditionelle Altenhilfe hinaus in ihrer jeweiligen Region integrierend und kooperierend das kommunale Leben mit gestalten. Infrastrukturelle Angebote für alle Lebenslagen: Wohnen, Gesundheit, Mobilität etc., sind hinsichtlich einer zukunftsorientierten Gestaltung zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Schlussfolgerung:

Die Ergebnisse des „Altenplanes der
Landeshauptstadt Magdeburg“
(Beschluss-Nummer: 1138-55(II)97)
aus dem Jahr 1997 werden diesen
Herausforderungen nicht mehr
gerecht.



Fachkonferenz - Seniorenpolitische Leitlinien - 27. November 2009

Und das soll in einem Prozess mit Ihnen gemeinsam im Sinne dieser Anfangsdiskussion zu den Rahmenzielen, die als Leitlinien eingebracht werden sollen, passieren. Der Diskussionsprozess bezieht verschiedene Fachgremien ein, die sich auch schon im Rahmen der Diskussion zu den Leitlinien beteiligt haben, wie den Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung, die Regionale Pflegekonferenz und die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft. Das sind Fachgremien, mit denen wir diesen Diskussionsprozess beteiligungsorientiert organisieren wollen.

Da man sich mit den Ergebnissen des Altenplans der Landeshauptstadt Magdeburg aus 1997 nicht mehr den aktuellen Herausforderungen stellen kann, muss unter den Prozessorientierungen „Hilfebedarf und Aktivität im Alter“ mit Ihnen gemeinsam ein seniorenpolitisches Konzept entwickelt werden.

***Entwicklung eines seniorenpolitischen Konzeptes
"Aktivität und Hilfe im Alter"***

Das Konzept soll verdeutlichen, dass sich die Stadt:

- unter Beibehaltung der Hilfs- und
Betreuungsangebote
- stärker auf die Eigeninitiative, Selbsthilfe und das
bürgerschaftliche Engagement der älteren
Generation sowie
- deren Solidarität mit der jüngeren Generation setzt,
mit dem Ziel, den Menschen bis ins hohe Alter eine
selbstständige und selbst bestimmte Lebensführung zu
ermöglichen.



Fachkonferenz - Seniorenpolitische Leitlinien - 27. November 2009

Das Konzept soll verdeutlichen, dass die Stadt unter Beibehaltung der Hilfe- und Betreuungsangebote stärker auf die Eigeninitiative, Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement der älteren Generation sowie deren Solidarität mit der jüngeren Generation setzt. Ziel ist dabei, den Menschen bis ins hohe Alter eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.



LANDESHAUPTSTADT MAGDEBURG
Dezernat Soziales, Jugend und
Gesundheit

Seniorenpolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Magdeburg

Vision:
- Weiterentwicklung der kommunalen Seniorenarbeit
Orientierungen:

- Kompetenzen der Senioren in den Vordergrund rücken
- Hilfe- und Unterstützungsbedarf berücksichtigen
- Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen verbessern

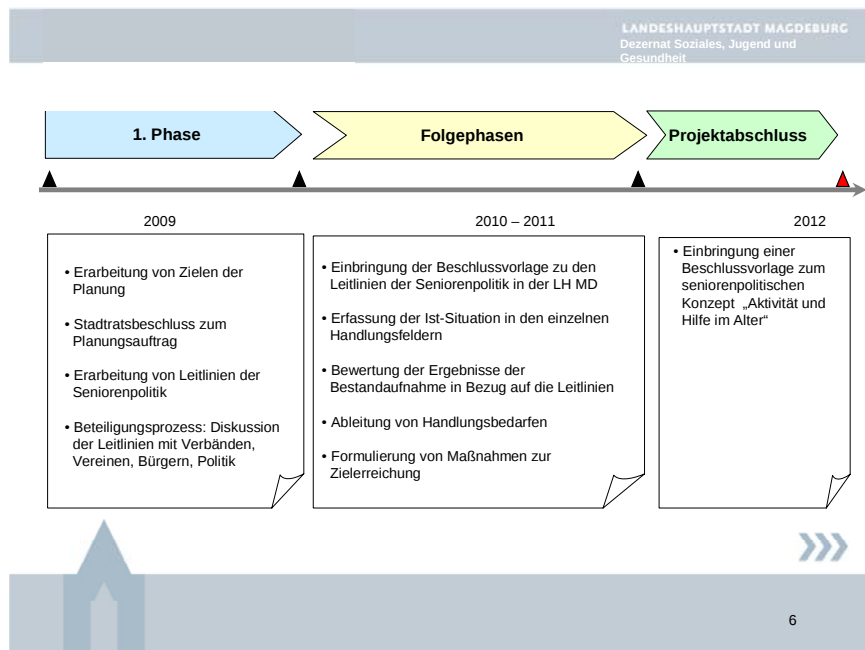
- Weiterentwicklung und Planung der sozialen Infrastruktur
- Einbeziehung aller relevanten Politikfelder in die kommunale
Seniorenpolitik und Seniorenarbeit
- Sicherung der Beteiligung aller tangierten Verwaltungsbereiche und
der Magdeburger Seniorinnen und Senioren

»»»

Fachkonferenz - Seniorenpolitische Leitlinien - 27. November 2009

Drauf haben wir uns in den das Planungsprojekt vorbereitenden Diskussionen mit den politischen Gremien verständigt und werden diese Zielstellung als eine grundlegende Orientierung für den weiteren Diskurs aufnehmen. Dabei geht es natürlich auch um die Weiterentwicklung der kommunalen Seniorenarbeit, unter den Grundorientierungen, Kompetenzen der Senioren in den Vordergrund zu rücken, Hilfe und Unterstützungsbedarf zu berücksichtigen, Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen hier in der Stadt zu verbessern und Fragestellungen anzusprechen, wie die Weiterentwicklung und Planung der sozialen Infrastruktur, die Einbeziehung aller relevanten Politikfelder in die kommunale Seniorenpolitik und Seniorenarbeit und natürlich auch die Sicherung der Beteiligung aller tangierten Verwaltungsbereiche und der Magdeburger Seniorinnen und Senioren.

Wie soll das ablaufen?



Wir befinden uns in der Diskussion zu den Leitlinien mit den Verbänden, Vereinen, Bürgern und der Politik. Das passiert heute. Diese Leitlinien sind mit breiter Beteiligung schon im Vorfeld als Entwurf entstanden. Ich möchte noch mal ganz herzlich auch denjenigen danken, die hier im Redaktionsteam diese Arbeit geleistet haben. Ich möchte diejenigen auch persönlich benennen: Herr Brosza, Herr Rechtenbach, Herr Ansorge, Herr Pischner, Herr Schabanoski, Frau Rohden, Herr Villard, Frau Schwarz und ich.

Wir stehen jetzt davor, in den nächsten zwei Jahren die Ist-Situation zu analysieren. Aus den Ergebnissen und der Ableitung von Handlungsansätzen, der Formulierung von Maßnahmen zur Zielerreichung ist letztlich 2012 eine Beschlussvorlage „Seniorenpolitisches Konzept Aktivität und Hilfe im Alter“ in den Stadtrat einzubringen.

Es gab einen breiten Diskussionsprozess im Vorfeld, welche Handlungsfelder in diese Analysephase aufzunehmen sind. Ich will Ihnen nur kurz das Handlungsfeld „Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement“ darstellen. Das beinhaltet die Handlungsansätze: Potentiale Älterer nutzen, das neue Altersbild, Freiwilligenarbeit zur Selbstverwirklichung und Schaffung neuer Lebensinhalte in der nachberuflichen Phase, die Förderung des Ehrenamtes, Angebote für bürgerschaftliches Engagement zielgerichtet erweitern und die Stärkung der Selbsthilfestrukturen des Ehrenamtes.

Es sind weitere Handlungsfelder inhaltlich untersetzt, die insgesamt Ausgangspunkt für die einzelnen Bewertungsabschnitte, die wir dann also in 2010/2011 auflegen wollen und mit Ihnen dann gemeinsam analysieren und diskutieren.

Handlungsfelder

- Handlungsfeld „Eigenständige Lebensführung“
- Handlungsfeld „Soziale Netzwerke“
- Handlungsfeld „Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement“
- Handlungsfeld „Politische Partizipation“
- Handlungsfeld „Gesellschaftliche Integration älterer Menschen“
- Handlungsfeld „Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer“



Fachkonferenz - Seniorenpolitische Leitlinien - 27. November 2009

Die Aufgabenstellung heute ist, dass wir mit Ihnen den Entwurf der Leitlinien in einer noch breiteren Beteiligung von Akteuren in die Diskussion und Bewertung bringen. Wir haben Ihnen die Leitlinien im Vorfeld übersandt, so dass ich sie hier nicht vorstellen muss.

Sie haben sich schon mit den Leitlinien beschäftigen können. In den Arbeitsgruppen werden wir parallel alle Leitlinien zur Diskussion stellen. Nach der Arbeitsgruppenphase werden wir im Plenum die Fragestellungen, die in den Arbeitsgruppen herausgearbeitet werden, noch einmal reflektieren.

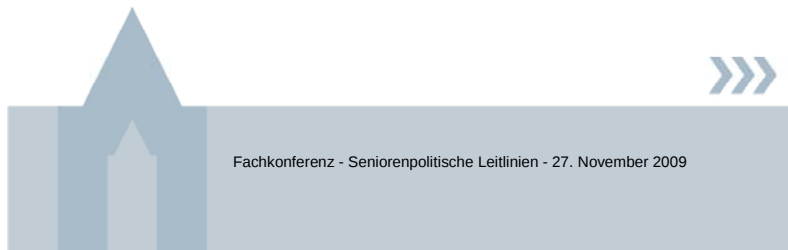
Arbeitsgruppenarbeit

- | | |
|---|-----------------------------|
| Ergänzungsvorschläge (mehrheitlich) | - Abstimmung Plenum |
| Ergänzungsvorschläge (nicht mehrheitlich) | - Ergebnisdarstellung (+/-) |
| Redaktionelle Hinweise | - Überprüfung Verwaltung |



Fachkonferenz - Seniorenpolitische Leitlinien - 27. November 2009

Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis geben: Im Ergebnis der 1. Magdeburger Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut in 2008 ist jetzt das „Infonetz Magdeburg“ als Anbieterplattform im Internet durch die Freiwilligenagentur und die Landeshauptstadt Magdeburg nutzbar gemacht worden. Die Gestaltung und Pflege hat die Freiwilligenagentur übernommen.



Ich kann Ihnen anbieten, sich zur Verbesserung der Informationsmöglichkeiten im Rahmen der sozialen Arbeit mit Ihren Angeboten in dieses Informationsnetz kostenfrei aufnehmen zu lassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Sie in die Arbeitsgruppenphase einladen.

Professor Dr. Thomas Klie - Freiburg im Breisgau

„Sehr geehrter Herr Dr. Gottschalk, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzlichen Dank für die freundliche Einladung nach Magdeburg. Ich bin gern gekommen, da Magdeburg eine der Städte in Deutschland ist, die sich in besonderer Weise um eine produktive Gestaltung des demographischen Wandels bemühen – und dies unter durchaus „anspruchsvollen“ Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Das Thema demographischer, in dem wir mittendrin sind, ist inzwischen auch in der Kommunalpolitik angekommen. Das gilt auch für das Thema Älterwerden: die große Resonanz auf das Programm des BMFSFJ „Aktiv im Alter“, das wir wissenschaftlich begleiten, ist Ausdruck der neuen Bedeutung, die dem Thema Alter beigemessen wird. Dabei geht es sowohl um die Potenziale, die Kompetenzen, die demokratische Mitgestaltung der Gemeinwesen durch ältere Menschen als auch um die Vulnerabilität, die häufig, insbesondere mit dem hohen Alter verbunden ist. Ich möchte beide Seiten des Alterns und des Alters in meinem Referat beleuchten und beginnen, mit Herausforderungen, die uns der demografische, aber vor allen Dingen auch der soziale Wandel aufgibt, sodann auf die Paradigmen und Altersbilder einer kommunalen „Seniorenpolitik“ eingehen und ein mit einer „modernen“ „Generationenpolitik“ verbundenes Planungsverständnis entfalten, die Bedeutung der Zivilgesellschaft und den sog. Welfare Mix beleuchten und abschließend auf Ihre Leitlinien zu sprechen kommen: Das ist der Fahrplan meines Vortrages.



1. Die Herausforderungen und Chancen des demografischen und sozialen Wandels beeinflussen, wenn man sich die Zahlen von Magdeburg ansieht. Sie haben in Ihrer Stadt in den letzten Jahrzehnten einen Umbauprozess in vielerlei Hinsicht, auch in demografischer Hinsicht zu gemanagt. Sie kennen die Zahlen. Der demographische Wandel betrifft alle Politikbereiche einer Stadt: Vom Kindergarten, über Schulen bis zu Pflegeheimen, vom Straßenbau, über die Wohnungswirtschaft, den Handel bis zur Abwasserversorgung.

Was sind die Herausforderungen? Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Das ist ein Geschenk. Das Geschenk eines langen Lebens ist verbunden mit der Aufforderung sich persönlich und kollektiv in der Stadt mit dem und der individuellen und kollektiven Gestaltung des Lebens auseinanderzusetzen. Diejenigen, die jetzt 60, 70 sind, haben nicht

unbedingt damit gerechnet, dass sie vielleicht noch 90 oder 100 werden. Das lange Leben hat aber Implikationen für die Lebensplanung, für die Finanzen, für die eigene Identität. Wer seine Identität im Wesentlichen an Berufstätigkeit knüpft, bekommt nicht erst im hohen Alter ein Problem damit, dass ihm ggf. andere Felder persönlicher Entfaltung und Sinnstiftung fehlen.

Die Gerontologie spricht von den Potentialen des Alters. Wir lernen bis zum Ende des Lebens. Lernen und Lernfähigkeit hört nie auf. Das ist eine der neurowissenschaftlich hochinteressanten Erkenntnisse. Wir können bis zum 100. Lebensjahr, zwar anders als junge Leute, aber immer noch physiologisch und psychologisch lernen. Und es gilt viel zu lernen: neue Techniken, neue Sprachen, den Umgang mit körperlichen Einschränkungen und persönlichen Verlusten, mit der Endlichkeit des Lebens, mit Pflegeaufgaben zu leben etwa.

Wir sprechen von den Kompetenzen des Alters. Kompetenzen älterer Menschen sind anders als die jüngerer, etwa am Arbeitsplatz. „Wie gehen wir mit älteren Arbeitnehmern um? Wo liegen ihre spezifischen Kompetenzen?“. Die massenhafte Freisetzung von älteren Arbeitnehmern in den letzten Jahrzehnten war falsch: für die Produktivität von Unternehmen, für individuelle Lebensentwürfe, für die Wertschätzungen, die man sich selbst und anderen gegenüber an den Tag legt. Die Kompetenzen im Alter sind andere, sind häufig erfahrungsgeprägter. Nicht die Schnelligkeit ist es, sondern typischerweise Erfahrungen, die wir im höheren Erwachsenenalter mitbringen und die uns auszeichnet. Die soziale Kompetenz kann es sein, ältere Menschen auszeichnet. Und die Kompetenz, Veränderungen in unserem Leben in einer Weise zu verarbeiten, die uns im jungen Leben vielleicht so nicht gegeben ist. Wir müssen lernen Abschied zu nehmen: von manchen Vorstellungen von uns selbst. Wir werden auch „neu“. Wir müssen offen sein für ein Leben, das anders ist, als wir uns das gedacht haben. In der psychologischen Gerontologie hat man den sogenannten Kompetenzansatz entwickelt, der die Fähigkeit der Verarbeitung von Verlusten, Veränderungen und von Umbauprozessen als Umdeutungskompetenz deutlich macht. Ein Kollege von mir, der morgen 70 wird, war früher immer in den Alpen unterwegs und hat jetzt Norddeutschland lieben gelernt, weil er mit seinem Herzen mit den hohen Steigungen nicht mehr zu Recht kam. Und nun findet er die norddeutsche Tiefebene wunderbar. Er sagt: „Ich laufe jetzt eben nicht mehr bergauf, sondern entdecke die Ebene“. Auch das ist Kompetenz im Alter.

Wir sprechen von den Ressourcen des Alters, nicht nur der Wirtschaftskraft, sondern auch von den Zeit- und Sorgeressourcen älterer Menschen. Sie werden häufig nicht hinreichend wahrgenommen und gewürdigt, auch nicht in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Es ist

enorm, was ältere Menschen in der Kindererziehung leisten. Wir wissen zum Beispiel aus der Intelligenzforschung, dass Kinder im Schnitt intelligenter werden, wenn Großeltern sich an der Kindererziehung beteiligen. Warum? Weil die Enkel sich mit anderen Menschen identifizieren und sich mit ihnen auseinandersetzen müssen. Es kommt nicht auf die Bildung der Großeltern an, sondern auf das Angebot und die Herausforderung, sich in andere hineinzusetzen. Ich will damit betonen, dass die Ressourcen älterer Menschen gerade auch im intergenerativen Zusammenhang von größter Bedeutung sind und ältere Menschen viele Defizite jüngerer Menschen ausgleichen können, die sie möglicherweise in einer etwas ungerechten Verteilung von Chancen erlitten haben. Wir kennen das vom Vorlesen. Wem als Kind nicht vorgelesen wird hat typischerweise Probleme mit dem Spracherwerb. Fernsehen kann das Vorlesen nicht kompensieren. Und wer das Pech hatte, diese Fähigkeiten nicht zu erwerben, der kann das möglicherweise durch Lesepaten nachholen – ein Feld für das Engagement älterer Menschen.

Zu den Potentialen des Alters zählen Ressourcen vielfältiger Art. Der fünfte Altenbericht hat die Potentiale des Alters herausgearbeitet: Erfahrungen, Kompetenzen, Gesundheit, Bedeutung in Familien, Engagement, Finanzmittel. Wir sprechen von einer bunten Altersgesellschaft. Unterschiedliche Lebensstile haben im Alter ihren Platz, wir akzeptieren sie. Wir sprechen von der Pluralisierung von Lebensformen. Die Vorstellung von alten Menschen im Lehnstuhl oder im „Ruhestand“ vermittelt falsche Bilder vom Leben im Alter. Wir sollen etwas für uns tun. Die Geriater sagen: hoher Blutdruck und Diabetes sind als Risikofaktoren für die Mortalität nicht so bedeutsam, wie „soziale Netzwerkschwäche“. Wer wenig soziale Kontakte hat, lebt i.d.R. kürzer als derjenige, der viele soziale Kontakte lebt. Soziale Faktoren sind zentral für Lebensperspektiven und Lebensstile im Alter und äußern sich nun in sehr unterschiedlicher Weise.

Die Altersarmut ist ein Zukunftsthema. Immer mehr Menschen werden im Alter zu ihrer Rente hinzuverdienen müssen. Die älteren Frauen in der ehemaligen DDR stehen sich wegen ihrer typischen Erwerbsbiografien noch rentenmäßig besser, als in Westdeutschland. Aber das wird sich ändern. Wir haben gerade in den neuen Bundesländern erhebliche Diskontinuitäten in der Erwerbsbiografie von jüngeren Frauen und Frauen im mittleren Lebensalter. . Rentenalter ist im Übrigen nicht mit einem Arbeitsverbot belegt. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Ressourcen knapp sind und knapper werden. Die sozialen Sicherungssystemen müssen demografiefest gemacht werden. Wir brauchen Arbeitskräfte, Facharbeitskräfte. Die Deutsche Bundesbahn hat zum Beispiel große Probleme, Fachkräfte für die Ausbesserungswerke zu finden und hat in den letzten Jahren viele neue Mitarbeiter

über 55 eingestellt. Es gibt Branchen, in denen es eine völlige Unterversorgung mit Fachkräften gibt und das wird in der Zukunft noch viel stärker der Fall sein, auch im Bereich der Pflege. Das Sorgepotential ist eine knappe Ressource, und wir werden es mit Rationierungen im Gesundheitswesen zu tun haben, über die wir offen diskutieren müssen. Die Herzoperation mit 80, muss das sein? Wir kennen heute schon verdeckte Rationierungen, wir werden uns mit dem Thema demokratisch und wertorientiert auseinanderzusetzen haben. Sie kennen die Diskussionen über die Patientenverfügung, hinter der man in gewisser Weise auch eine verkappte Rationierungsdiskussion ausmachen kann: Meine „autonome“ Entscheidung lautet: rationiert, behandelt mich nicht. Das sind Herausforderungen: für uns persönlich, für die Gesellschaft, für uns in den Familien, für Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Kirchen und wer auch immer sich hier in besonderer Verantwortung sieht.

Ein paar Zahlen zur Illustration: Die durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen in Jahren, 2004 für Frauen 87, für Männer 81. Jedes Jahr erhöht sie sich um drei Monate. Wissen Sie, warum Frauen länger leben als Männer? Viele sagen: Stress bei den Männern oder Männer rauchen zu viel und bewegen sich zu wenig. Nein. Das Einzige, was wir wissen, aus der Biologie im Übrigen, stammt aus der vergleichenden Zoologie. Bei den Primaten leben die Weibchen typischerweise ebenfalls länger als die Männchen. Es gibt allerdings drei Primatenarten, da ist das anders. Und bei diesen Primatenarten übernehmen die Männchen die Brutpflege. Das munitoniert gendermainstream Appelle. „Junge Männer, wenn ihr länger leben wollt, übernehmt die Brutpflege“.

Der Anteil der über 60-jährigen nimmt deutlich zu. Im europäischen Vergleich: 38 % in Deutschland im Jahre 2050, in Spanien 44 %, Italien 42,3 %. Der Anteil der über 80-jährigen steigt deutlich. In diesem Alter nimmt die Unterstützungsbedürftigkeit zu. Im Land Sachsen-Anhalt wird prognostizierte Anteil der über 80-jährigen von 2006 bis 2025 um 66,3 %, in Brandenburg um 122,4 % steigen. Das ist auch von Landkreis zu Landkreis verschieden sein. Prognosen für Baden-Württemberg sagen dem einen Landkreis 15 % Bevölkerungszuwachs und in dem Nachbarlandkreis 15 % Rückgang voraus. Es lohnt der ganz spezifische Blick auf die Quartiere, so wie Sie es in Magdeburg auch in ausgezeichnete Weise machen. Im Jahre 1890 kamen auf einen über 75-jährigen 79 jüngere Personen, im Jahre 2015 nur noch 8,4 Personen. Die Anzahl der Bundesbürger, denen der Bundespräsident zum 100. Geburtstag gratulierte, ist ein Indikator für die Zunahme der Hochaltrigen: 5.480 waren es im Jahre 2008. Für Bürgermeister ist das ja auch eine Aufgabe mit zunehmender Bedeutung und Herausforderungen: Was macht er, wenn er einen Menschen mit Demenz antrifft, der ihn nicht erkennt Demenzkranke.

Die Frauen der höheren Altersgruppen leben weitgehend in Ein-Person-Haushalten. 87,4 % der über 80-jährigen Frauen: Ein großes Thema Es ist im Übrigen unwirtschaftlich allein zu leben. Vielleicht muss man ein ungewohntes Leben, ein ungewohntes Wohnen in seine Lebensplanung mit einbeziehen. 80 % der über 50-jährigen machen sich überhaupt keine Gedanken über ihr späteres Wohnen. Das sollten sie aber aus ganz verschiedenen Gesichtspunkten tun.

Wir haben Studien durchgeführt, wie unterschiedlich der jeweils erbrachte Betreuungsumfang ist, den Menschen erhalten, wenn sie pflegebedürftig im Sinne unserer Pflegeversicherung sind. Wir differenzieren zwischen Stadt und Land und den Netzwerkqualitäten: Stabiles Netzwerk heißt: die Person lebt zusammen mit anderen im selben Haushalt, labil - sie hat Freunde und Verwandte in der Nähe, die sich „kümmern“ und prekär: sie lebt ganz allein und hat im Umfeld keine Angehörigen und Freunde, die sie mitversorgen können. Bei identischer Pflegebedürftigkeit bekommt ein „Pflegebedürftiger“ im ländlichen Bereich im stabilen Netzwerk in der Woche 84 Stunden Betreuung, lebt er in der Stadt, nur 36 Stunden, lebt er alleine, im ländlichen Bereich 28 und in der Stadt 9 Stunden. Das sind Brutto-Betreuungszeiten: Pflegedienst, Angehörige, Ärzte, alles dabei. Das unterstreicht: Pflegebedürftigkeit ist ganz wesentlich ein soziales Schicksal.

Wir führen gerade eine Studie zu Gewalt gegen ältere Menschen durch, zu freiheitseinschränkenden und -entziehenden Maßnahmen in der eigenen Häuslichkeit. Von den Demenzkranken, die zuhause leben, werden nach einer aktuellen MDK-Studien 69 % zuhause eingeschlossen oder fixiert. Ambulant ist immer besser, als stationär? Menschenrechtlich, fachlich betrachtet, stimmt das möglicherweise nicht.

Soviel zu Herausforderungen, denen wir uns in einer älter werdenden Stadt zu stellen haben.

2. „Seniorenpolitik“ und ihre Paradigmen im Wandel

In den 60-er, 70-er Jahren haben wir sowohl in der ehemaligen DDR, als auch in der BRD den Fürsorgegedanken in der Altenhilfe hochgehalten. In den 80-er Jahren wurde die Selbstgestaltung des Alters und die Partizipation Älterer in den Vordergrund gerückt: „Freiheit statt Fürsorge“, mit Seniorenvertretungen, in Westdeutschland kamen die Grauen Panther auf, die Altenbildung entdeckte die Potentiale des Alters, den „Unruhestand“, in der Gerontologie begann die Produktivitätsdebatte. Anfang dieses Jahrtausends wird die Mitverantwortlichkeit von älteren Menschen für eine generationengerechte Gesellschaft besonders akzentuiert. Älteren Menschen wird es im Alter häufig wichtig, etwas für die

nachfolgenden Generationen zu tun, eine lebenswerte Welt und Gestaltungschancen für die Kinder und Enkel zu hinterlassen. Es sind nicht die armen Alten, die das Bild des Alters prägen, sondern die Produktiven und die Mitverantwortlichen.

3. Planung.

Magdeburg zeichnet sich durch ein Planungsverständnis aus, das sich nicht nur auf Daten stützt und sagt so und soviel Alte werden wir sein und soviel Heimplätze brauchen wir wahrscheinlich, sondern das auf Partizipation setzt. So wie sich das heute hier ereignet und wie Sie das in Ihren vielfältigen Foren und Beiräten tun. Magdeburg verfügt über eine gute Infrastrukturanalyse und Bevölkerungsvorausrechnung, Sie haben einen guten Datenreport, Sie haben Ihre Bürgerforen, die ich sehr interessant finde und Sie bemühen sich um eine inhaltliche und wertorientierte Neuausrichtung der Magdeburger Seniorenplanung mit Leitlinien. So macht man heute Planung, nicht vom Grünen Tisch, sondern im Gespräch mit anderen, denn: die Zukunft können wir nur gemeinsam gestalten. Für andere planen ist falsch, Planen mit denjenigen, die es angeht, und das in einer intelligenten Planungsmethodik, das ist der richtige Weg. Planung ist Querschnittsaufgabe in jeder Kommune. Seniorenpolitik geht nicht nur den sozialen Bereich etwas an, sondern auch die Wirtschaft, die Verkehrsplanung, die Wohnungspolitik, den gesamten Handel.

Insofern geht Altenplanung weit über mit ihr assoziierte Planung von Pflegeheimplätzen hinaus. Altenplanung ist die bewusste Gestaltung „seniorengerechter Städte“, wie es heute heißt. Hier werden Themen wie Kopfsteinpflaster, die Gestaltung von Straßenschildern und Hausnummern, Hinweise auf öffentliche Toiletten auf die Tagesordnung gesetzt. Es bleibt das Pflege Thema ein wichtiges in der kommunalen Altenplanung. Wie stellen wir uns die Zukunft der Pflege vor? Wie viele Heimplätze es geben wird, das können sie mit beeinflussen. Sie werden den städtischen Haushalt durch hohe Pflegeheimquoten belasten. Am Beispiel der sog. Kasseler Studie zu den Prognosen und Szenarien künftiger Pflegearrangements kann man unterschiedliche Entwicklungsoptionen in den Blick nehmen. Wir können durch gesündere Lebensweise die Prävalenzraten der Pflegebedürftigen um ungefähr 10 % absenken. Wir sehen am Beispiel Kassel eine deutlich steigende Zahl der Pflegebedürftigen, sie wird sich verdoppeln bis zum Jahre 2050, auch mit einem Gesünder-Leben-Programm und einer etwas geringeren Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Und wir haben ein relativ stabiles Pflegepotential (pflegebereite Angehörige unter Berücksichtigung von Präferenzen). Deutlich ist die „Schere“ der Entwicklung zu sehen zwischen der Zahl Pflegebedürftiger und dem Pflegepotential. Wie wollen Sie das hier in

Magdeburg lösen? Das setzt hoffentlich bei Ihnen auch Kreativität frei und einem Neudenken von Pflege. Die Perspektive besteht in einer „sich sorgenden Kommune“, die sich dadurch auszeichnet, dass sie diese Sorgeaufgaben und die Voraussetzungen für ihre Wahrnehmung ernst nimmt. Für Kinder genauso wie für Behinderte und für Hochbetagte, die der Unterstützung bedürfen. Ich halte die aktuelle Pflegepolitik nicht für zukunftsweisend und -tauglich. So ein bisschen in der Pflegeversicherung noch dazuzahlen, löst unsere Pflegefragen der Zukunft mitnichten. In Politik wird das Pflege Thema von der fiskalischen Dominanz dominiert. Man sieht auf die Einnahmenseite der Pflegekassen, aber zu wenig die Ausgabenseite und vor allen Dingen die Gestaltungsoptionen. Ich trete dafür ein, die Pflegeversicherung konsequent zu kommunalisieren. Das Geld und die Kompetenz gehören in die Stadt Magdeburg, und nicht in eine Pflegeversicherung, die dargestellte Schere nicht beeinflussen kann.

Die Pflegebereitschaften sind in Deutschland je nach sozialem Milieu unterschiedlich verteilt. Im traditionellen Unterschichtmilieu (linker Balken) mit niedrigem Einkommen, niedrigem sozialen Status und Akzeptanz einer klassischen Frauenrolle (so vereinfacht die Konstruktion des Milieus) heißt noch am ehesten: „Es ist meine Pflicht, meine Mutter/ meinen Vater zu pflegen und die geht allen anderen vor.“ Hier sind immerhin 45 % bereit, Pflegeaufgaben ohne professionelle Hilfe zu übernehmen. Im liberal-bürgerlichen Milieu (rechter Balken) - gute Ausbildung, emanzipiertes Frauenbild, so vereinfacht die Milieubeschreibung - sind nur noch 9 % zur alleinigen Übernahme von Pflegeaufgaben bereit. Die so genannte pflegekulturelle Orientierung hängt weniger vom Geschlecht ab, sondern ist eine Frage der sozialen Milieus und hat etwas damit zu tun, was ich an Lebensgestaltungsmöglichkeiten verliere, wenn ich Pflegeaufgaben übernehme.

Rot sind die Balken, in denen sich die Bereitschaft zum sogenannten bürgerschaftlichen Engagement ausdrückt, wir nennen das auch die „Fernraumsolidarität“. Ich engagiere mich nicht nur für die eigenen Angehörigen, ich engagiere mich für „Fremde“, nicht verwandte. Das ist ein neuer anderer Typ von Solidarität, der wertvoll ist. Vom bürgerschaftlichen Engagement ist auch hier in Magdeburg viel die Rede, auch in Pflegekontexten.

An den Zahlen für Kassel sehen Sie, wie unterschiedlich sich die Nachfrage nach stationären Versorgungsformen entwickeln kann. Wir haben verschiedene Szenarien berechnet: einmal der rein demografische Wandel, der hochgerechnet wird. Im Szenario II, wird ein Modernisierungseffekt eingerechnet, das heißt eine abnehmende Bereitschaft, sich in traditioneller Weise Pflegeaufgaben in Familien zustellen. Im Szenario III geht man von Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörigen aus, durch Arbeitgeber, eine

kommunale Infrastruktur etc. pp.. Für die Stadt Kassel sehen Sie als Ausgangspunkt 2.000 Heimplätze. Beim sogenannten Szenario II müssen Sie mit einer Verdreifachung des Pflegeheimbedarfs in den nächsten Jahrzehnten rechnen. In der Bundesrepublik Deutschland haben wir jetzt 775.000 Heimplätze, 665.000 für pflegebedürftige Hochbetagte. Im Jahre 2050 wird es in Deutschland möglicherweise 2,1 Millionen Heimplätze geben. So viele Heime können wir gar nicht betreiben. Es fehlt das Personal und das Geld. Wenn wir kommunalpolitisch jedoch nichts machen, dann landen wir bei einer solchen Nachfrage. Für Magdeburg hieße dies: eine Verdreifachung ihrer Heimplätze -oder alle unterschreiben Patientenverfügungen. Sie können diese Entwicklungen beeinflussen. Da liegt Ihr Handlungsspielraum meine Damen und Herren. Das können Sie (mit-)gestalten.

4. Zivilgesellschaft.

Wir können uns nicht alle auf christliche Menschenbilder zurückbesinnen. Wir müssen offen sein für unterschiedliche Entwürfe einer guten Gesellschaft. Das Konzept der Zivilgesellschaft ist in diesem Zusammenhang interessant. Vier Dimensionen zeichnen die Zivilgesellschaft aus.

- Einmal sind da die BürgerInnen, die sich engagieren und organisieren, im so genannten Dritte Sektor, der Welt bürgerschaftlicher Selbstorganisation. Da sind Menschen, die sich aus sich selbst heraus engagieren oder auch unterstützt zum Engagement finden.
- Zweite Dimension: eine Gesellschaft, die sich verwiesen weiß auf das Miteinander. Eine Zivilgesellschaft sagt nicht: „der Markt kann alles“ oder „der Staat ist für alles verantwortlich“ und sie auch nicht sagt „die Familie muss alles richten“. In diesen Sätzen finden Sie unterschiedliche politischen Traditionen und Akzente: Die Liberalen, die auf den Markt setzen, die Konservativen, die traditionell eher auf Familie setzen und die sozialdemokratisch-sozialistischen Ausrichtungen, die sehr stark den Staat akzentuieren. Der Staat kann die Voraussetzungen, auf denen er baut nicht selber schaffen. Er ist angewiesen auf eine leistungsfähige solidarische Gesellschaft.
- Drittens: Auch Unternehmen sind verantwortlich für die Gesellschaft und nicht nur für ihren Profit. Sie haben auch volkswirtschaftlich zu denken.
- Die vierte Ebene ist die der normativen Ausrichtung der Zivilgesellschaft. Toleranz, Menschenrechte und Respekt sind Zentralwerte einer Zivilgesellschaft. Das sind normative Grundhaltungen, die hinter der Zivilgesellschaft stehen.

Was heißt Zivilgesellschaft praktisch? Lesepaten habe ich schon genannt. Die Pflegebegleiter, die pflegende Familien unterstützen, nicht so sehr darin, ihnen jetzt Pflegeaufgaben abzunehmen, sondern sie mit ihrer Kompetenz zu unterstützen. Die Seniorexperten, die im In- und Ausland bei Existenzgründung, bei Bewerbung helfen, die Seniorenbeiräte, die Hospizgruppen, die Streitschlichter, all das sind Aktivitäten aus der Vielfalt von Rollenangeboten für ältere Menschen. Hier sind gerade ihre Kompetenz gefragt ist, hier können sie neue Kompetenzen erlernen. Das Konzept des Lebenslangen Lernens steckt dahinter. Die Zivilgesellschaft ist bedeutsam für das Selbstverständnis älterer Menschen. Es geht um neue Rollenmodelle und Handlungsspielräume jenseits und neben beruflicher, konsumtiver und familiärer Aktivität. In einer Gesellschaft des langen Lebens geht es um die Notwendigkeit, Solidarität auch jenseits von Familien und Staat zu gestalten, zu leben und sich zu Eigen zu machen. Es geht nicht nur um die eigenen Enkel. Es geht darum, die Herausforderung der Generationengerechtigkeit anzunehmen. Meine Damen und Herren, was hinterlassen wir unseren Kindern denn für eine Welt, was die Ressourcen anbelangt, was das Geld anbelangt, was die Rentensicherheit anbelangt? Das ist nicht doll.

Zur einer zivilgesellschaftlichen Grundhaltung gehört auch die Achtung vor denjenigen, die auf Hilfe verwiesen sind. Es ist wichtig, die Akzeptanz von Lebensformen in einer Gesellschaft zu verankern, die von Abhängigkeit geprägt ist. Wir haben zu akzeptieren, dass wir alle auch Abhängige sind und sein können und deswegen nicht unser Menschsein verlieren in einem ganzzeitlichen Sinne.

Das sind auf verschiedenen Ebenen und Bedeutungen der Zivilgesellschaft, die gerade auch für die Seniorenpolitik bedeutsam ist, als Vision, als Gesellschaftskonzept und auch unter politisch strategischen Gesichtspunkten.

5.: Welfare Mix

Was versteht man unter Welfare-Mix? Wir gehen davon aus, dass Wohlfahrt durch das Zusammenwirken von vier Sektoren entsteht: 1. den primären Netzwerken, wesentlich den Familien, Nachbarschaft und Freundeskreis, 2. dem was der Markt an Dienstleistungen und an Produkten anbietet, 3. dem bürgerschaftlichen Engagement, das heißt dem was wir aus dem Motiv der Solidarität und der Eigenverantwortlichkeit in Organisationen z. B. in der Volkssolidarität oder in der Diakonie tun. Und 4. dem Staat. Er übernimmt Garantiefunktionen, sorgt für die Einhaltung der Gesetze, verteilt Geld, reguliert und steuert.

Wie funktioniert der Welfare Mix praktisch? Sie kennen die Hospizarbeit. In der Hospizarbeit wirken Freiwillige mit Professionellen und einem Marktanbieter zusammen. Wir kennen das Konzept: „soziales Unternehmen Schule“. Eine Schule wird besser, wenn sich auch Eltern und Betriebe an der Schule und den ihr übertragenen Aufgaben beteiligen. Wir kennen die Wohngruppen für die Menschen mit Demenz, an denen sich Angehörige und bürgerschaftlich Engagierte beteiligen. Den praktischen ganz alltäglichen Welfare-Mix kennen Sie aus der Kindererziehung. Sie geben ihre Kinder in einen ehrenamtlich geführten Sportklub und investieren vielleicht auf Märkten für die Musikstunde. Die Schule ist für die Ausbildung da und in der Familie findet ein wesentlicher Teil der Sozialisation statt. Der Welfare-Mix bedarf einer intelligenten Vernetzungsstruktur. Der Gesetzgeber hat mit seinen Pflegestützpunkten Impulse im Bereich Pflege gegeben. Sie sehen in der Abbildung, wie Vernetzung aussehen kann in den vier Sektoren des Welfare-Mixes und wie bedeutsam es ist, dass der Mix moderiert wird. Nur so nützt er nicht nur denen, die sich sowieso ihren Hilfemix organisieren können, sondern auch denjenigen, die von Kontaktarmut und von prekären Lebenskonstellationen betroffen sind. Care und Case Management können eine solche Moderationsfunktion für Hilfemixturen übernehmen. Das Schaubild zeigt, wie vernetzte Pflegeberatung und Casemanagement aussehen könnten. Ich weiß, dass Sie hier an dem Thema dran sind und wünsche Ihnen viel Glück und auch wenn Sie nicht den Rahmen des § 92 c SGB XI dafür in Anspruch nehmen.

6. Bürgerkommune

Eine Bürgerkommune ist eine Stadt oder eine Gemeinde, die sich durch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement im Sinne von bürgerschaftlicher Mitwirkung und Mitentscheidung auszeichnet und in der die übrigen gesellschaftlichen Teilbereiche - der Staat, die Verbände des dritten Sektors, die Wirtschaft -eine solche Stärke des bürgerschaftlichen Engagements zur Geltung kommen lassen, unterstützen und aktiv ermöglichen und so zur Gestaltung des lokalen Raumes, gemeinwohlbezogen und co-produktiv, durchaus aber auch streitig zusammenwirken. Sowohl für die Interaktion innerhalb ihrer Teilbereiche, als auch für die Interaktion zwischen den Teilbereichen gelten dabei zivile und demokratische Interaktionsregeln. Das heißt, wenn ich einen Vorschlag im Gemeinderat als Bürgergruppe mache oder als Bürgerforum, dann ist klar geregelt, wie mit dem Vorschlag umgegangen wird. Sonst ist es keine Bürgerkommune. Diese Spielregeln sind auszuhandeln. Sie geben bürgerschaftlichem Engagement eine weitere Bedeutung als (nur) die der ehrenamtlichen Mitwirkung an Gemeinwohlaufgaben. In dem Bundesmodellprogramm

„Aktiv im Alter“, steht in dem für das Programm formulierten Memorandum zur Mitgestaltung älterer Menschen an der kommunalen Daseinsvorsorge das Konzept der Bürgerkommune als ein potentielles Leitbild Pate.

Bürgerorientierung verstand man lange Zeit als Kundenorientierung. Es ist ja auch erfreulich, wenn man in der Kommune freundlich ist und die Bürger wie Kunden behandelt: dass man z. B. nicht ewig lange warten muss auf einen Führerschein. Aber das ist nicht das was eine Bürgerkommune ausmacht. Eine Bürgerkommune sieht den Bürger als Souverän und beteiligt ihn, sieht Prozesse für seine Beteiligung vor und kennt im Hintergrund ein Partizipationsmanagement. Wir kennen den Bürger als Mitgestalter. Hier geht es aus kommunaler Sicht um das Freiwilligenmanagement geht. BürgerInnen in ihrer Engagementbereitschaft zu begleiten, sie zu wecken und Bildung und Börsen anzubieten, damit auch engagementferne Bevölkerungsgruppen angesprochen werden ist bedeutsam für jede Kommune. Ermöglichungsräume für neue Rollen im Alter zu öffnen darum geht es beim Freiwilligenmanagement, nicht um die Rekrutierung des „billige Jakob“, der das, was die Stadt nicht mehr zahlen kann, jetzt freiwillig übernehmen soll. Eine Gesellschaft im demographischen Wandel braucht die bürgerschaftliche und politische Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger – auch neben den klassischen repräsentativen demokratischen Spielregeln. Nur so lässt er sich gemeinsam und produktiv gestalten. Die Bürgerkommune bietet einen konzeptionellen Rahmen für diese systematische Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

7. Seniorenpolitische Leitlinien

Sie stellen die Beteiligung heraus, das finde ich wichtig. Ich könnte mir vorstellen, diese Beteiligung auch noch präziser zu fassen, was man denn darunter versteht, gerade im Kontext des Memorandums, das es auf nationaler Ebene gibt. Darauf würde ich an Ihrer Stelle explizit Bezug nehmen und sagen: „Das finden wir richtig und das nicht.“.

Dass Seniorenpolitik ein Querschnittsthema ist, auch das finde ich ausgesprochen richtig. Das bringt zum Ausdruck, dass man alle gesellschaftlichen Bereiche in diese querschnittsorientierte Planung systematisch mit einbezieht. Das tun Sie. Ich könnte mir das sogar noch etwas präziser formuliert vorstellen.

Dass Sie die Lebenslagen, die ja auch in Ihrer theoretischen und kommunalpolitischen Begründung in Magdeburg ihre Wurzeln kennen, herausarbeiten, finde ich ausgezeichnet. Das kommt häufig zu kurz. Man sieht einfach die Älteren als Ältere und sieht nicht, dass sie ganz unterschiedlich ausgestattet sind, ökonomisch, sozial, von ihrer Bildung. Bildung ist ein ganz

wesentlicher Einflussfaktor für erfolgreiches Altern. Darum ist lebenslanges Lernen wesentlich, vor allen Dingen ein nachholendes Lernen, für die, die zu kurz kamen in der Bildung.

Die Daseinsvorsorge und die soziale Sicherheit thematisieren sie. Hier empfehle ich etwas anders zu formulieren. Daseinsvorsorge ist die vornehmste Aufgabe einer Kommune überhaupt und ist in einem weit gefassten Verständnis zu denken. Sie kann und darf nicht auf die Grundsicherungsleistungen reduziert werden. Man sorgt in den Städten nicht nur dafür, dass Grundsicherungsprogramme einigermaßen fair auch umgesetzt werden, sondern auch, dass Armut nicht dadurch entsteht, dass es an einer geeigneten Infrastruktur fehlt, Austauschprozesse zwischen den Bürgerinnen und Bürgern nicht hinreichend unterstützt werden.

Das Wohnen und die Integration im Quartier sind wichtige Themen. Das schließt auch ungewohnte neue Formen des Wohnens ein.

Das Miteinander der Generationen ist zentral: wir sollten mehr von Generationenpolitik als von Seniorenpolitik sprechen. Ihm muss ein Gesicht gegeben werden, in den Lebensräumen und im Alltag.

Die Teilhabe an Bildung, Kultur, Freizeit und Sport eröffnen neue Lern- und Lebenschancen für ältere Menschen.

Die Betonung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs in den Leitlinien birgt die Gefahr in sich, dass wir nicht erkennen, dass wir es z. B. bei Menschen mit Demenz im Wesentlichen mit Behinderten zu tun haben. Pflegebedürftigkeit ist ein besonderer Bedarfszustand infolge von Behinderung. Wenn wir nur von der Pflege sprechen, sehen wir den Teilhabebedarf nicht. Es fehlt der Blick auf einen Menschen, der das Gefühl hat wahrgenommen zu werden als ein Mensch, der dazugehört. Ein Fall aus Saarlouis illustriert das. Hier hat die Polizei ein Heim verklagt auf Übernahme der Transportkosten von 560 Euro, weil ein Heimbewohner das fünfte Mal ausgebücht ist und die Sicherungsanlage im Heim überlistet hat. Das ist nicht hinnehmbar. Die Polizei muss lernen, ihre Aufgabe auch bezogen auf diese Menschen wahrzunehmen und darf nicht sagen, „die werden weggeschlossen“. Menschen mit Demenz gehören mitten in diese Gesellschaft hinein. Und das heißt auch, dass Seniorenfreundlichkeit in der Kommunen auch heißt, lernen mit Menschen, die so anders sind im Selbsterleben als wir, in verantwortlicher Weise zurechtzukommen.

Was mir als Gerontologin in ihren Leitlinien fehlt sind tragfähige und leitbildfähige Alterbilder. Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie deutlich machen, worum es im Alter geht. Wie diskutieren wir das Alter und das Älterwerden in Magdeburg? Gesundheit alleine ist nicht (immer) das höchste Gut. Es geht um Entwicklungsaufgaben. Verantwortungsrollen,

Selbstverantwortung, Mitverantwortung sind zentrale Werte, die im Alter tragen können. Und es geht um Vielfalt, um Kompetenz. Die Akzeptanz von Abhängigkeit ist ein wesentliches, von Andreas Kruse geprägtes Bild für das (hohe) Alter, das die Verwiesenheit auf Unterstützung als zum Leben gehörig sieht. So schwer es fällt: wir haben fremde Hilfe zu akzeptieren und zu geben. Und es ist eine hohe Leistung, mit Demenz zu leben, als Angehörige als Betroffener selbst.

Sie sind in Magdeburg auf einem sehr guten Weg, sich mit den Herausforderungen einer Gesellschaft im demographischen Wandel und des langen Lebens auseinanderzusetzen. Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg weiterhin viel Ideenreichtum, Weitsicht und gut überlegte Schritte.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Älter werden in Magdeburg – die Herausforderungen des demographische Wandels gestalten

Prof. Dr. Thomas Klie
Freiburg
Fachkonferenz
„Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“
27.11.2009

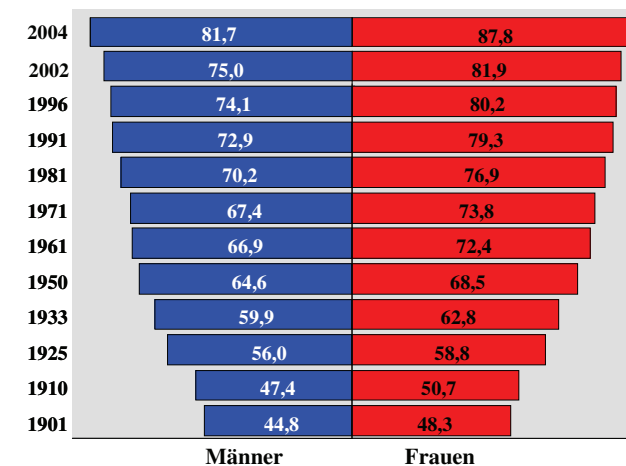
1. Herausforderungen
2. Seniorenpolitik
3. Planung
4. Zivilgesellschaft
5. Altersbilder
6. Wohlfahrtsmix
7. Vernetzung
8. Bürgerkommune
9. Leitlinien

1. Herausforderungen und Chancen des demographischen und sozialen Wandels

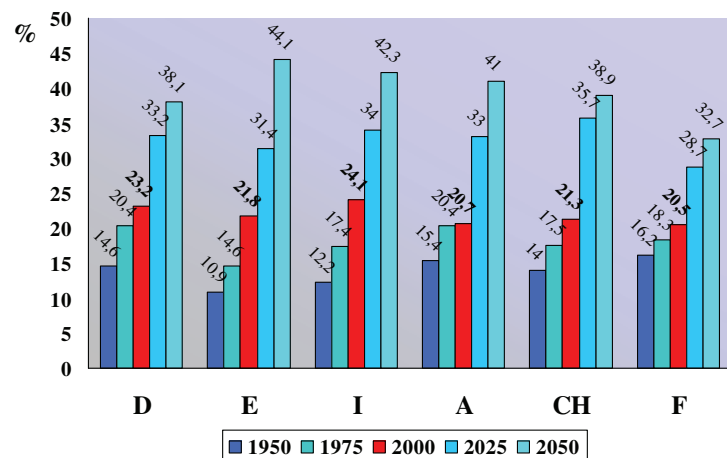
- Gesellschaft des langen Lebens
 - Individuell und kollektiv
- Potentiale des Alters
 - Plastizität
 - Kompetenz
 - Ressourcen
- Bunte Altersgesellschaft
 - Lebensstile
 - Pluralisierung
 - Desinstitutionalisierung
- Knappe Ressourcen
 - Soziale Sicherungssysteme
 - Arbeitskräfte
 - „Sorgepotential“
 - Rationierung

Zahlen zur Illustration

Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen in Jahren

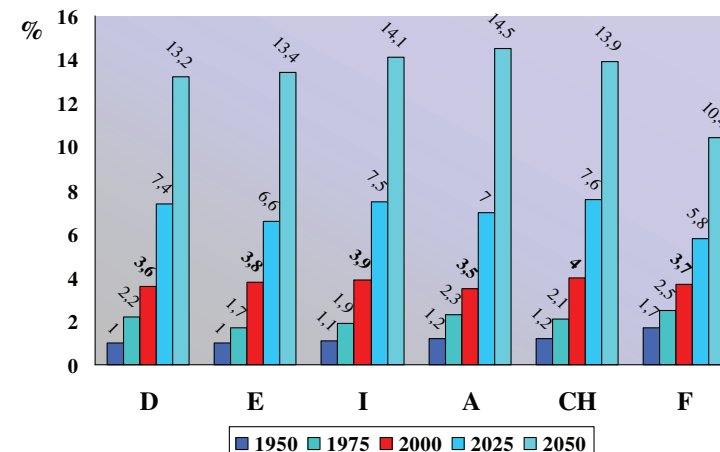


Anteil der über 60jährigen



Quelle: UN (2002), World Population Ageing 1950-2050

Anteil der über 80jährigen



Quelle: UN (2002), World Population Ageing 1950-2050

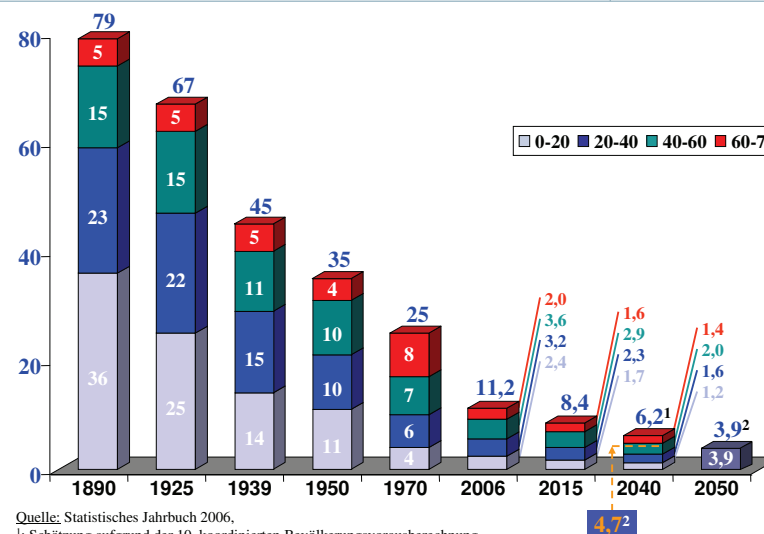
Veränderung des Anteils der über 80jährigen in den 16 Bundesländern 2006-2025



Baden- Württemberg	+ 75,8 %
Bayern	+ 67,5 %
Berlin	+ 94,7 %
Brandenburg	+122,4%
Bremen	+ 42,4 %
Hamburg	+ 43,6 %
Hessen	+ 61,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	+114,4%
Niedersachsen	+ 65,0 %
NRW	+ 60,6 %
Rheinland-Pfalz	+ 55,9 %
Saarland	+ 47,8 %
Sachsen-Anhalt	+ 66,3 %
Sachsen	+ 75,0 %
Schleswig Holstein	+ 84,0 %
Thüringen	+ 76,2 %

©2008 Bertelsmann Stiftung

Auf einen über 75jährigen kommen

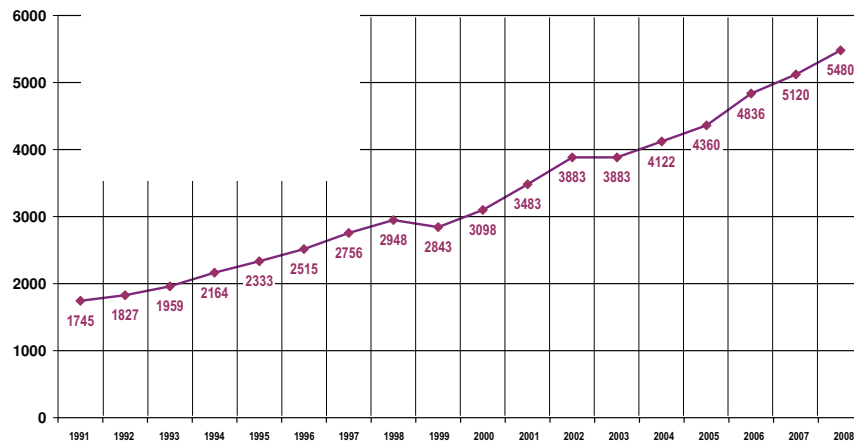


Quelle: Statistisches Jahrbuch 2006.

¹: Schätzung aufgrund der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

²: Schätzung aufgrund der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Anzahl der Bundesbürger, denen der Bundespräsident zum 100. Geburtstag gratulierte

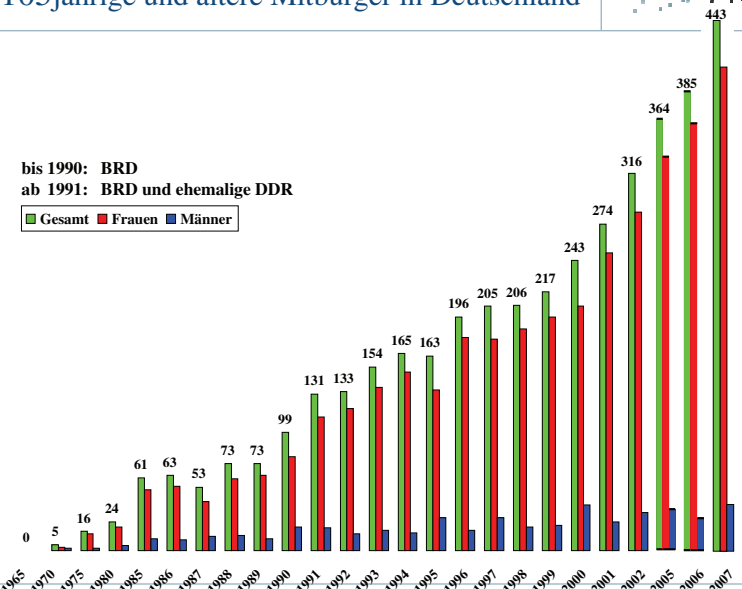


105jährige und ältere Mitbürger in Deutschland

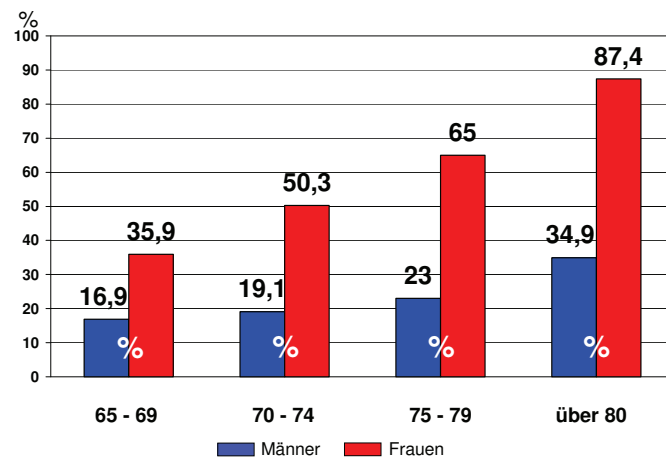


bis 1990: BRD
ab 1991: BRD und ehemalige DDR

■ Gesamt ■ Frauen ■ Männer

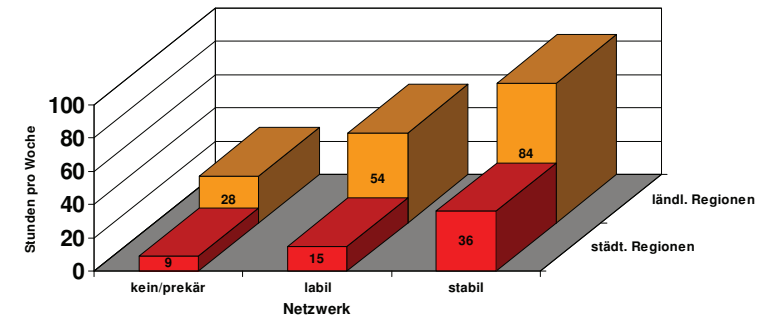


Von 100 Personen der jeweiligen Altersgruppe Leben in Einpersonenhaushalten



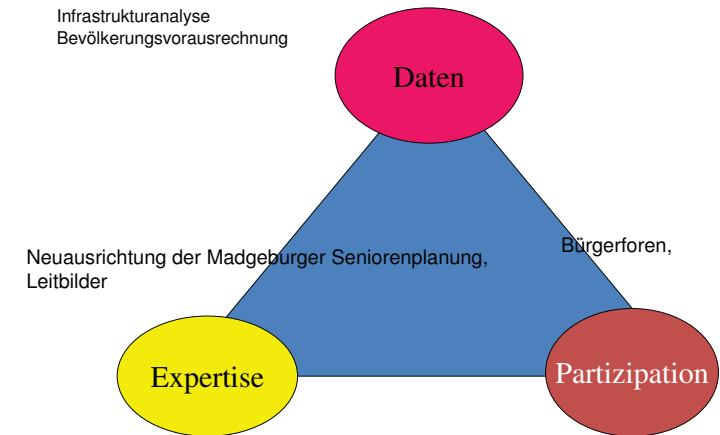
Quelle: Microcensus 2002; Altenbericht 2006, S. 176

Pflege als soziales Schicksal!

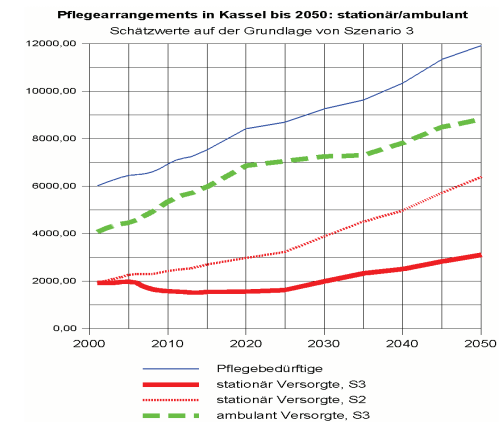
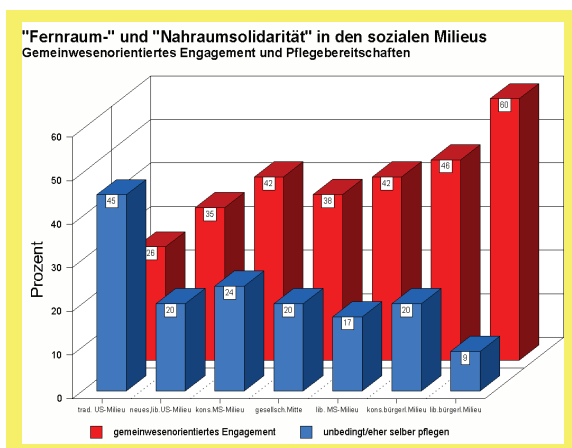
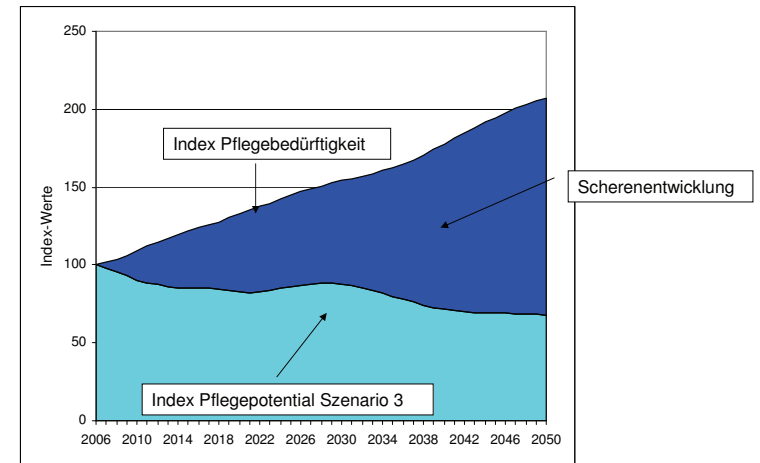
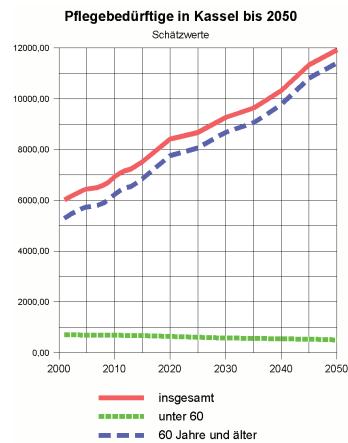


Unterstützungszeit brutto: Pflegezeit und Stadt/Land

Blinkert/Klie 2006



- **Kopfsteinpflaster**
- **Straßennamen**(Größe, Kontraste)
- **Hausnummern**
- **Hinweise auf WC**



4. Perspektive Zivilgesellschaft



Zivilgesellschaft praktisch

- **Lesepaten** helfen schlechte Startbedingungen für bildungsbenachteiligte Jugendliche kompensieren und beteiligen sich am „sozialen Unternehmen Schule“
- **Pflegebegleiter** unterstützen pflegende Familien mit ihrer Beratungskompetenz und Erfahrung in der Gestaltung von Pflegeaufgaben (www.pflegebegleiter.de)
- **Senior Experten** beraten im In- und Ausland bei Existenzgründungen und Projekten
- **Seniorenbeiräte** übernehmen Aufgaben der Qualitätsverantwortung für Lebensqualität in Pflegeheimen (www.bela-bw.de)
- ältere Menschen in **Hospizgruppen** qualifizieren sich für die Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen
- **Streitschlichter** wirken in Schulen und übernehmen Mediationsaufgaben bei Konflikten unter Schülern und Lehrern.

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für das Selbstverständnis älterer Menschen

- Neue Rollenmodelle und Handlungsspielräume jenseits und neben beruflicher, konsumtiver und familialer Aktivitäten entwickeln und anbieten
- Notwendigkeit in einer Gesellschaft des langen Lebens Solidarität auch jenseits von Familien und Staat zu gestalten, zu leben und zu habitualisieren
- Herausforderung der Generationengerechtigkeit annehmen
- Akzeptanz von Lebensformen in der Gesellschaft verankern, die von Abhängigkeit geprägt sind

5. Altersbilder

- Vorstellungen, Einstellungen, Selbst- und Fremdbilder vom Alter
- Auch: Wissenssysteme, die sich auf den Verlauf von Alternsprozessen beziehen.
- Normatives Entwicklungswissen: wichtige Grundlage für die Wahrnehmung, Deutungen und Antizipation von Veränderungen
- In ihnen verdichten sich gesellschaftliche Erwartungen, wie Entwicklungsaufgaben in angemessener Weise zu bewältigen sind.

Das Alter hat viele Gesichter

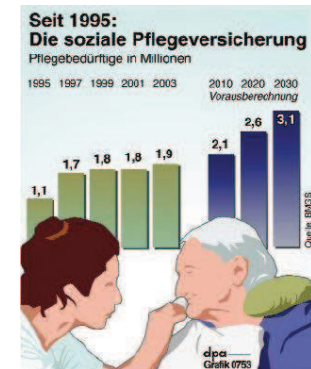


Da ist der kompetente, weise ältere Mensch, der noch im hohen Alter alleine seinen Alltag meistert

Alter hat viele Gesichter



Und da ist der kranke, vulnerable ältere Mensch, der auf Hilfe und Unterstützung angewiesen ist



6. Was ist „Welfaremix“?



Bei der „gemischten Wohlfahrtsproduktion“ sind gegenwärtig vier Sektoren sinnvoll zu unterscheiden.

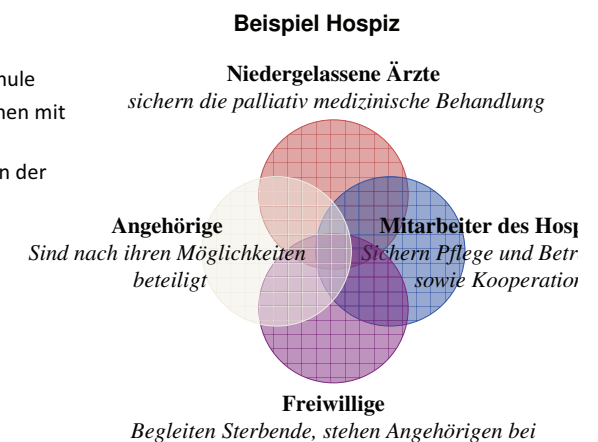
Ausbalanciert werden die Anforderungen und Leistungen der Sektoren auf der Ebene der Person.

Aus: Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan (2007): WelfareMix: Sozialpolitische Neuorientierung zwischen Beschwörung und Strategie, in: dies. (Hg.): Sozialarbeitswissenschaft und angewandte Forschung in der Sozialen Arbeit. Festschrift für Konrad Maier, Freiburg: FEL-Verlag, S. 71.

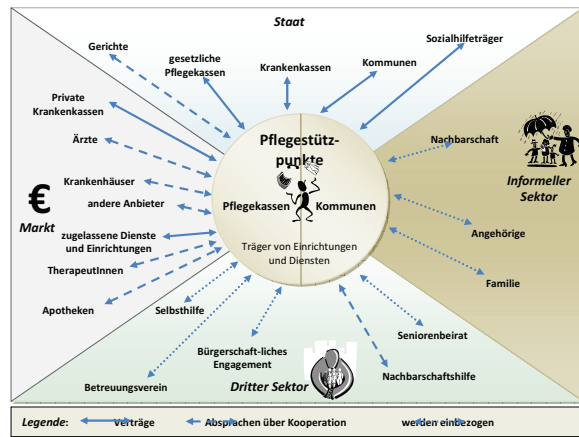
Wohlfahrtsmix praktisch



- Hospizarbeit
- Soziales Unternehmen Schule
- Wohngruppen für Menschen mit Demenz
- Öffnung von Einrichtungen der Behindertenhilfe
- SONG Projekte



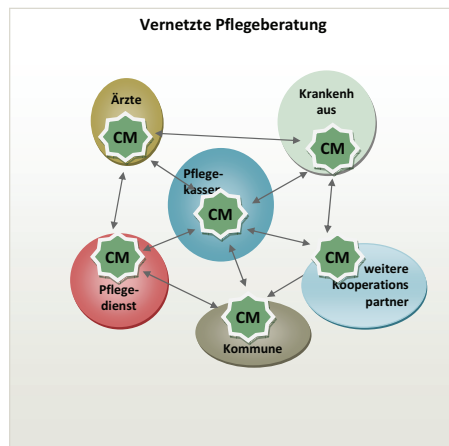
7. Vernetzung



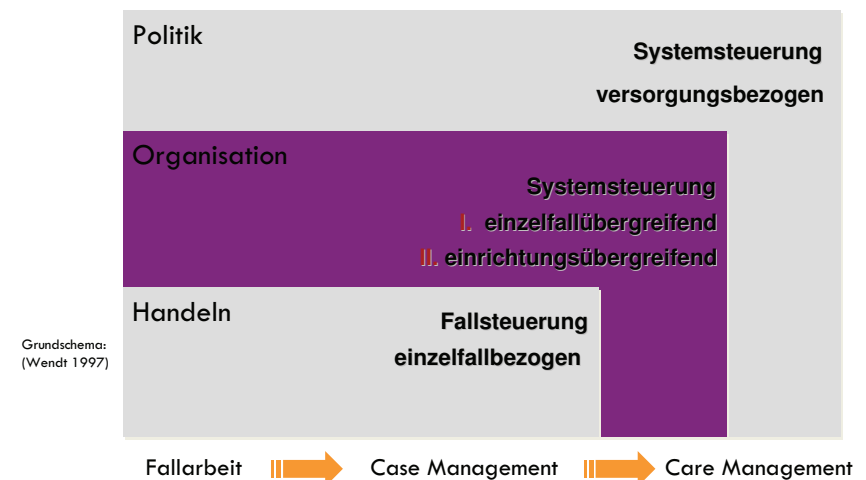
Unterstützungsbedarf

- **Objektiv:** hohe Belastung, Unübersichtlichkeit der Helfelandschaft, Wissensbestände nicht verbreitet, Präventionspotentiale nicht ausgelotet, unangemessene Bewältigungsmuster, Mühe bedarfsdeckende Leistungen zu erhalten
- **Subjektiv:** hoher Beratungsbedarf, unterschiedsreichste Beratungsinstanzen im Blick: in Kassel allein 94, Pflegekassen wird überwiegend nicht als Beratungsinstanz wahrgenommen

Pflegeberatung und Case Management



Care und Case Management



8. Bürgerkommune

„Bürgerkommune“

- Eine „**Bürgerkommune**“ ist eine Stadt oder Gemeinde,
- die sich durch **vielfältiges bürgerschaftliches Engagement** (i.S. von bürgerschaftlicher Mitwirkung und Mitentscheidung) auszeichnet,
- in der die übrigen gesellschaftlichen Teilbereiche – Staat (Rat und Verwaltung), Verbände des Dritten Sektors, Wirtschaft – eine solche Stärke des bürgerschaftlichen Engagement zur Geltung kommen lassen, unterstützen und aktiv ermöglichen und zur Gestaltung des lokalen Raums gemeinwohlbezogen **koproduktiv zusammenwirken**,
- in der sowohl für die Interaktion innerhalb ihrer Teilbereiche als auch für die Interaktion zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen **zivile und demokratische Interaktionsregeln** gelten.

Bürgerorientierung



9. Seniorenpolitische Leitlinien

- Beteiligung
- Querschnittsthema
- Lebenslagen
- Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit
- Wohnen und Integration im Quartier
- Miteinander der Generationen
- Teilhabe an Bildung und Kultur, Freizeit und Sport
- **Altersbilder**
- **Selbst- und Mitverantwortung**



Danke für die Aufmerksamkeit

Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe 1

Die AG stimmt dem Leitlinienentwurf insgesamt zu. Die Leitlinien erfassen alle Themenfelder und Aufgabenbereiche.

Das Thema Altersarmut ist aber zu schwach und nur in einer Leitlinie explizit formuliert. Es ist nicht ausreichend betont.

Altersarmut ist ein Problem mit großer Tragweite für alle Lebensbereiche und hat Auswirkungen auf verschiedene Leitlinien.

Eine gesonderte Leitlinie zum Thema Altersarmut ist jedoch nicht zweckmäßig und würde dem übergreifenden Charakter dieser Problemstellung nicht gerecht werden. Die Arbeitsgruppe regte an, dem Problem Altersarmut in den Leitlinien einen höheren Stellenwert beizumessen und schlug vor wegen der übergreifenden Bedeutung, in der Präambel zu den Leitlinien auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Altersarmut eingehen.



Arbeitsgruppe 2

Zur Leitlinie 1 wurde die Bedeutung der Partizipation von Senioren unterstrichen und die Arbeitsgruppe betonte, dass Senioren sowohl „Geber“ als auch „Nehmer“ von ehrenamtlichem Engagement sein können. Beide Aspekte sind zu beachten. Bürgerschaftliches Engagement beruht auf Gegenseitigkeit.

Zur Leitlinie 2 wurde die konkrete Benennung der Beauftragten gefordert. In dem Zusammenhang wurde auch diskutiert, ob zielgruppenspezifische Leitlinien für Senioren überhaupt zeitgemäß sind oder nicht ein generationsübergreifender Ansatz zukunftsorientierter wäre. Letztendlich wurde jedoch die Entscheidung für die Erarbeitung eines seniorenpolitischen



Konzeptes als Lobbyarbeit für Senioren gesehen und als ein klares Bekenntnis der Stadt für die Seniorenarbeit gewürdigt.

Zur Leitlinie 4 wurde diskutiert, ob materielle Sicherung der älteren Generation auf kommunaler Ebene beeinflussbar ist. In den Leitlinien sollten die Grenzen kommunaler Politik berücksichtigt werden, um keine unrealistischen Erwartungen zu wecken.

Zur Leitlinie 7 wurde die Frage der Finanzierung von Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten aufgeworfen.

Die Arbeitsgruppe hat abschließend über die Leitlinien abgestimmt und sie mit 17 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme befürwortet.

Arbeitsgruppe 3

Die Arbeitsgruppe fand die Leitlinien grundsätzlich akzeptabel. Die breite demokratische Diskussion bereits im Vorfeld wurde gewürdigt. Es gab keine Ergänzungen. Der Vorschlag, die Leitlinien 2 und 3 aufgrund inhaltlicher Überschneidungen zusammenzuführen wurde diskutiert, aber letztlich nicht angenommen.



Die Diskussion in der Arbeitsgruppe befasste sich bereits mit der konkreten Untersetzung der Kernaktivitäten. Die Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen wurde thematisiert und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit im unmittelbaren Wohnumfeld diskutiert. Die Einrichtung von Mietertreffs, wie durch verschiedene Wohnungsgenossenschaften bereits praktiziert, wurde als positives Beispiel genannt.

Die Arbeitsgruppe forderte eine Intensivierung der Beteiligung der Senioren im Planungsprozess. Es wurde festgestellt, dass es bereits jetzt breite Beteiligung gibt und das gegenwärtig im Stadtrat diskutierte Seniorenforum ein weiterer Schritt in diese Richtung ist.

Zur Leitlinie 7 wurde eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit angesprochen, damit die Vielfalt der vorhandenen Angebote auch allen potentiellen Nutzern bekannt wird.

Weiterhin wurde auf die Problematik „Isolation im Alter“ hingewiesen und die Notwendigkeit, sich frühzeitig damit zu befassen, wie man sein Alter gestalten will.

Arbeitsgruppe 4

In dieser Arbeitsgruppe wurden zunächst in einer freien Problemdiskussion und die aus Sicht der Teilnehmer zu beachtenden Fragestellungen angesprochen, die anschließend mit dem vorliegenden Leitlinienentwurf abgeglichen wurden. Daraus ergaben sich einzelne Ergänzungsvorschläge.



Die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Kontakt und Begegnung, die Öffnung von Einrichtungen (z. B. Schulgärten) sowie das Erschließen von Partnerschaften im Wohngebiet wurden als Möglichkeiten zur Vermeidung von Isolation benannt. Hier sind sowohl Unterstützung zur Aktivierung als auch Mitverantwortung gefragt.

Koordination und bessere Information zu Hilfsangeboten wurden ebenso angesprochen wie Mobilitätshilfen (z. B. Haltestellen).

Selbstbestimmtes - auch generationsübergreifendes - Wohnen mit wohnortnahen Angeboten wurde thematisiert.

Die Bedeutung von Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit, u. a. die Finanzierung des Aufwandes wurde betont.

Ergänzungsbedarf sah die Arbeitsgruppe bei Leitlinie 1 hinsichtlich der örtlichen Gremien für die Beteiligung der Senioren am Planungsprozess in den Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit (AG GWA). In Leitlinie 2 sollte als weiterer Bereich der Stadtentwicklung „Sport“ ergänzt werden. Zu Leitlinie 6 regte die Arbeitsgruppe an, als Beispiele für generationsübergreifendes Angebote und Projekte „Mehrgenerationenhäuser und Mehrgenerationenplätze“ zu ergänzen.

Teilnehmer/-innen

Alraggo, Schirin	- Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Sportwissenschaft
Borris, Simone	- Landeshauptstadt Magdeburg, Sozial- und Wohnungsamt
Braun, Oliver	- Alten- und Service-Zentrum Pik ASZ, Malteser Hilfsdienst
Brosza, Siegfried	- Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V.
Brüning, Hans-Werner	- Landeshauptstadt Magdeburg, Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit
Gaida, Georg	- Selbsthilfegruppe für Senioren und Vorruhestandler „St. Mechthild“
Galle, Eva	- Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V.
Gandré, Kathrin	- Alten- und Service-Zentrum Olvenstedt, Volkssolidarität
Dr. Gottschalk, Ingo	- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Gröschner, Peter	- AG GWA Altstadt
Hasenfuß, Manuela	- Stadtteilmanagement Neustädter Feld / AG GWA Neustädter Feld
Hinz, Manuela	- Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Sportwissenschaft
Dr. Hörold, Helmut	- Stadtrat, FDP-Fraktion
Jacob, Kerstin	- Landeshauptstadt Magdeburg, Sozial- und Wohnungsamt
Jacobsen, Anneliese	- Alten- und Service-Zentrum Sudenburg – Besucherbeirat
Jung, Elfriede	- Politischer Runder Tisch der Frauen
Kabel, Marcel	- Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt e. V.
Kabelitz, Ursula	- Frauenprojekt 40 plus e. V.
Dr. Kaden, Ute	- Seniortrainerteam Magdeburg
Kleinloff, Annemarie	- AG GWA Reform
Prof. Dr. Klie, Thomas	- Referent
Klose, Anneliese	- Wohnungsbaugenossenschaft Magdeburg Stadtfeld e. G.
Kohl, Brigitta	- Alten- und Service-Zentrum Olvenstedt – Besucherbeirat
König, Edelgart	- Seniorenbetreuung Alte Neustadt
Dr. König, Henryk	- Sozialverband Deutschland, Kreisverband Magdeburg
König, Patricia	- Alten- und Service-Zentrum Sudenburg – Volkssolidarität
Korte, Christina	- Landeshauptstadt Magdeburg, Sozial- und Wohnungsamt
Krause, Carsten	- Alten- und Service-Zentrum Cracau – Arbeiterwohlfahrt
Kretzschmar, Peter	- Selbsthilfegruppe „Kommt Zeit – kommt Tat“
Leidt, Christel	- Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen KOBES
Ley, Werner	- Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik

Liebe, Ralf	- Städtische Volkshochschule Magdeburg
Marx, Monika	- Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V.
Münzel, Annette	- Alten- und Service-Zentrum Nord – Der PARITÄTISCHE
Nitschke, Rosita	- Magdeburger Stadtmission e. V.
Nitzsche, Maritta	- Club 50 e. V.
Opitz, Birgitt	- Alzheimer Gesellschaft Sachsen-Anhalt e. V.
Paqué, Sabine	- Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V.
Pinnicke, Renate	- AG GWA Rothensee / IG Rothenseer Bürger e. V.
Raschke, Edda	- Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V.
Rechtenbach, Jochen	- Volkssolidarität Regionalverband Magdeburg/Jerichower Land
Rohden, Karin Sonja	- Landeshauptstadt Magdeburg, Sozial- und Wohnungsamt
Rudolf, Heike	- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Magdeburg e. V.
Salusa, Katharina	- Caritasverband für das Dekanat Magdeburg e. V.
Sapandowski, Heidi	- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Salzborn, Hubert	- Stadtrat, Fraktion CDU – Bund für Magdeburg
Schabanoski, Ronhald	- Seniorenbeauftragter der Landeshauptstadt Magdeburg
Schlee, Christel	- AG GWA Beyendorf-Sohlen
Schubert, Petra	- Stadtrat, Fraktion CDU – Bund für Magdeburg
Schulze, Vivian	- Gesellschaft für Prävention im Alter – PiA e. V.
Schwarz, Bettina	- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Seeharsch, Hans-Gerd	- Siedlerverein Eichenweiler e. V.
Semrau, Marianne	- Caritasverband für das Dekanat Magdeburg e. V.
Sonsalla, Heinrich	- Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH
Steinfeld, Ingrid	- Alten- und Service-Zentrum Sudenburg – Besucherbeirat
Tobian, Nadine	- Caritasverband für das Dekanat Magdeburg e. V.
Uebel, Monika	- GWG Gartenstadt-Kolonie Reform e. G.
Volkmar, Uta	- Landeshauptstadt Magdeburg, Sozial- und Wohnungsamt
Walter, Uwe	- Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Wilhelm, Leonore	- Seniorenverband BRH
Dr. Winkler, Horst	- Selbsthilfegruppe „Miteinander mobil“
Zedler, Jessica	- Stadtteilmanagement Neustädter See/Kannenstieg
Zenß, Michael	- Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaft von 1893 e. G.
Linsert, Renate	-